

Stadt für alle statt für wenige



 **LINKE LISTE Konstanz**

sozial und solidarisch

www.linke-liste-konstanz.com

Soziale und solidarische Politik stärken LINKE LISTE Konstanz wählen

Eine Stadt für alle statt für wenige

Die LINKE LISTE Konstanz muss nach dem 25. Mai gestärkt in den Konstanzer Gemeinderat einziehen. Wir wollen Fraktionsstärke, damit linke Politik in unserer Stadt künftig noch deutlicher hörbar werden kann.

Wir sind die einzige politische Kraft im Konstanzer Gemeinderat, die in allen Fragen uneingeschränkt für die politischen, sozialen und kulturellen Belange der zahlreichen Menschen in unserer Stadt eintritt, die über nicht viel Geld verfügen und dementsprechend wenig Einfluss auf die Gestaltung und Entwicklung ihrer Lebensumgebung haben.

Die LINKE LISTE begreift sich dabei nicht nur als parlamentarische Kraft. Wir unterstützen Initiativen und Aktivitäten von Menschen, die für ihre sozialen und demokratischen Rechte eintreten; Rechte, die durch die gesellschaftlichen Entwicklungen immer häufiger verletzt werden. Eine starke Linke im Gemeinderat bedeutet auch eine Stärkung der außerparlamentarischen Opposition gegen die Arroganz der Herrschenden.

Unsere Stadträte Vera Hemm und Holger Reile haben sich in den vergangenen fünf Jahren in zahlreichen Anträgen und Redebeiträgen für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker an den Rand gedrängt werden.

Platz 1 **Holger Reile**



Ich kandidiere für die Linke Liste, weil ich mich weiterhin im Gemeinderat dafür einsetzen will, dass wichtige Entscheidungen schon im Vorfeld öffentlich gemacht werden und direkte Demokratie auch umgesetzt wird.

Ob in der Auseinandersetzung um das Protzprojekt Konzert- und Kongresszentrum, ob beim Kampf für Verbesserungen beim Sozialpass, in Fragen der Arbeitsbedingungen der städtischen Beschäftigten, im Engagement für eine Verbesserung der Lage der Flüchtlinge – die LINKE LISTE hat klare Kante für die Ansprüche und Interessen derjenigen gezeigt, über deren Köpfe hinweg Bürgerblock und Wirtschaftslobby regieren.

Die LINKE LISTE Konstanz steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und fordert eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – auch hier in unserer Kommune. Wir treten ein für die soziale Teilhabe aller und wir fordern eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die LINKE LISTE Konstanz ab Ende Mai mit drei Sitzen im Rat vertreten ist und somit Fraktionsstärke bekommt. Der Fraktionsstatus würde unsere Position erheblich verbessern und die konservativ-bürgerliche Mehrheit – von der CDU und den Freien Wählern bis hin zu Teilen der Grünen – hätte es noch schwerer, ihre nur zu oft bürgerfeindliche Hinterzimmer-Politik in die Tat umzusetzen.

Wohnen ist Menschenrecht

Sozialwohnungen bauen, Mieten deckeln, Bodenspekulation stoppen

Konstanz ächzt unter einer seit Jahrzehnten nie dagewesenen Wohnungsnot. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Seit Jahren wächst die Einwohnerzahl der Stadt kontinuierlich. Immer mehr Menschen ziehen aus dem ländlichen Raum in die Städte – was im Großen für Metropolen wie Berlin, Hamburg oder Stuttgart gilt, spielt sich in kleinerem Rahmen auch in unserer Region und eben auch in Konstanz ab. Dieser Trend wird befeuert durch eine kurzsichtige Politik der Standortkonkurrenz zwischen den Kommunen, die ohne Rücksicht auf die Folgen alles tun, um sowohl Unternehmen als auch möglichst zahlungskräftige neue EinwohnerInnen anzusiedeln.

Dieses Credo auch der Konstanzer Kommunalpolitik hat wesentlich zur Verschärfung der Wohnungsnot beigetragen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die zahlreichen „Filetstücke“, deren Bebauung die Stadtverwaltung, unterstützt von der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit, angeschoben hat, um Wohnraum für ein gutbetuchtes Publikum zu schaffen. Dazu gehört auch die flächenfressende Ausweisung von Gewerbeflächen für Projekte wie das „Kompetenz-Zentrum“, für die es angesichts eines ebenfalls schon als historisch zu bezeichnenden Leerstands im Bereich Gewerbeimmobilien ganz offensichtlich kaum Bedarf gibt.



Hinzu kommt, dass Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit große Anstrengungen unternommen haben, um die hiesigen Hochschulen auszubauen. Der Jubel über die Verleihung des Exzellenz-Rangs an die Universität war groß; über die damit verbundenen steigenden Studierendenzahlen hat man offensichtlich nicht nachgedacht.

All diese Trends kollidieren unweigerlich mit der beengten geografischen Lage der Stadt und der endlichen Ressource Boden. Für die große Mehrheit der Konstanzer Bevölkerung bedeutet dies vor allem Eines: Es fehlt an allen Ecken und Ende an erschwinglichem Wohnraum und gleichzeitig explodieren die Mieten. Und: Was man in der größten Stadt am See als Erfolg verbucht, müssen andere Kommunen in weniger attraktiver Lage im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf als Verlust abschreiben.

Das ist vor allem für die wachsende Zahl von Haushalten besonders fatal, deren wirtschaftliche Not in den Jahren seit der letzten Finanzmarktkrise 2008 deutlich zugenommen hat. Die Armutsgefährdungsquote ist weiter angestiegen, andere Kommunen, die



Zahlen dazu erheben – Verwaltung und Ratsmehrheit weigern sich leider, das für Konstanz zu tun -, gehen von 10 bis 15% der Stadtbevölkerung aus. Wohnraumnöte wird so für viele Menschen zur existenziellen Bedrohung, denn viele wenden bereits heute 50% und mehr ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten auf.

Angesichts dieser Situation kann es kein Weiter-so geben. Eine verantwortungsvolle Stadtentwicklungspolitik setzt ein radikales Umdenken voraus. Das Recht auf Wohnen ist Bestandteil des UN-Sozialpakts, nach dem die Politik die Aufgabe hat, allen einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren. Dabei spielt die Kommunalpolitik eine zentrale Rolle; ihre Aufgabe besteht darin, die Daseinsvorsorge der Einwohnerschaft sicherzustellen. Das Recht auf Wohnen ist unbestreitbar ein zentraler Bestandteil dieser kommunalen Grundaufgabe. Jeder Mensch, unabhängig von seiner Herkunft, seiner wirtschaftlichen Situation oder seiner Lebensweise hat ein Anrecht auf angemessenen Wohnraum.

Die Stadt Konstanz kommt dieser Aufgabe aber angesichts der Dramatik der Situation nur in unzureichender Weise nach und folgt dabei falschen Prämissen. Wie in anderen Städten auch setzen die Verantwortlichen viel zu stark auf die „Marktkräfte“ und folgen damit dem neoliberalen Grundsatz, dass nur realisiert werden darf, was Profite abwirft.

Die Linke Liste fordert dagegen, dass sich die Stadt an den sozialen Interessen der zahlreichen BürgerInnen orientiert, die gegenwärtig völlig überhöhte Mieten zahlen müssen oder überhaupt keine Bleibe finden.

Sofern öffentlich geförderter Wohnbau überhaupt noch realisiert wird, findet er hauptsächlich in der Regie der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Wobak statt, deren Hauptgesellschafter die Stadt ist. Deren Aufgabe sollte laut Satzung darin bestehen, „mit Vorrang breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen (sozialer Zweck)“ zu versorgen.

Dieser Vorrangaufgabe, nämlich günstige Mietwohnungen mit angemessenem Standard zu bauen, kommt die Gesellschaft aber seit Jahren immer weniger nach. Stattdessen investiert sie vornehmlich ins Hochpreissegment und in Wohneigentum. Das Hauptargument, mit dem diese Geschäftspraxis nach außen hin begründet wird, klingt angesichts der Sachlage wie Hohn: Nur mit Immobiliengeschäften und Luxuswohnungen könne man überhaupt noch sozialen Wohnungsbau betreiben. Ein deutlicheres Eingeständnis des Versagens dieser marktkonformen Geschäftspolitik kann es angesichts der aktuellen Krise wohl kaum geben.

Was also ist zu tun?

- ▶ Es gibt verschiedene Projekte, die kurzfristig realisiert werden können. Die LLK fordert, dass auf dem Döbeleareal und dem Vincentius-Gelände städtischer Wohnraum für Gering- und Normalverdienende errichtet wird. Wir haben dazu schon mehrfach Vorschläge unterbreitet, mit denen wir aber leider bei einer Mehrheit im Rat auf taube Ohren gestoßen sind.
- ▶ Alle Bauträger – ob Wobak, andere öffentlich geförderte oder private InvestorInnen – müssen dazu verpflichtet werden, bei Neubauten eine Sozialwohnungsquote von mindestens 30 Prozent zu berücksichtigen.
- ▶ Mittel- und langfristig ist es zur Lösung der Wohnraumkrise erforderlich, einen substantiellen Kurswechsel in der städtischen Wohnungspolitik herbeizuführen. Grundsatz der städtischen Wohnraumpolitik darf nicht mehr länger sein, Wohnungsbau und -verwaltung privaten Eigentümern, Immobilien- und Kapitalgesellschaften zu überlassen. Wir fordern, dass dieser Bereich schrittweise den privaten Marktkräften entzogen wird. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht und damit öffentliche Aufgabe.
- ▶ Es ist dringend notwendig, die Bodenspekulation zu stoppen. Dazu ist nicht nur unerlässlich, den Verkauf öffentlichen Grund und Bodens zu beenden. Es muss auch darüber nachgedacht werden, geeignete Grundstücke zu erwerben. Generell muss gelten: Die Stadt Konstanz verkauft künftig keine Grundstücke mehr, sondern vergibt sie in Erbpacht mit dem Ziel, mehr Mietwohnraum mit Belegungsbindung zu schaffen.
- ▶ Die Stadt muss den öffentlich geförderten Wohnungsbau ins Zentrum ihrer Politik stellen. Das heißt vor allem, dass sich die Wobak zukünftig auf dieses Segment zu konzentrieren hat und dass die Stadt dafür Geld in bisher unbekanntem Ausmaß in die Hand nehmen muss. Die LLK tritt dafür ein, dass eine sozial verantwortungsbewusste Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik bei allen haushaltspolitischen Planungen Vorfahrt hat.
- ▶ Die Kommunalpolitik muss sich weitgehend davon verabschieden, als institutioneller und finanzieller Türöffner für die Errichtung von Luxus- und Eigentumsprojekten zu fungieren; städtischer Grund und Boden, der für den Wohnungsbau geeignet ist, muss auch in kommunaler Hand bleiben. Der Fokus muss darauf liegen, dass Menschen mit geringem oder auch nur durchschnittlichem Einkommen in Konstanz problemlos ein anständiges Dach über dem Kopf finden können.
- ▶ Der Mietspiegel bildet nur ab, wie rasant die Mieten steigen, begrenzt die Mieten aber nicht. Die Stadt braucht zusätzlich ein politisches Instrument, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Der Gemeinderat muss deshalb beschließen, Mieterhöhungen im städtischen Wohnungsbestand zu deckeln. Kostensteigerungen, die auf Modernisierungsmaßnahmen zurückzuführen sind, dürfen 10 % nicht übersteigen und müssen zurückgenommen werden, wenn sie sich amortisiert haben.
- ▶ Die Linke Liste wird für die kommenden Beratungen des Doppelhaushalts 2015/16 einen Vorschlag für ein städtisches Wohnraumprogramm einbringen. Ziel wird sein, mindestens 300 bezahlbare Mietwohnungen pro Jahr in öffentlichem Besitz zu schaffen.

Platz 2 **Anke Schwede**



Ich kandidiere für die Linke Liste, um mich im Gemeinderat konsequent für den Ausbau der sozialen Infrastruktur und bezahlbare Mieten einzusetzen – damit Konstanz für alle lebenswert bleibt.

Armut bekämpfen Soziale Infrastruktur ausbauen

Maßnahmen gegen Armut und Wohnungslosigkeit in Konstanz

Der 2013 erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat gezeigt: Die soziale Spaltung in der Bundesrepublik nimmt weiter zu. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen über die Hälfte des Vermögens. Auch im schönen und touristisch so attraktiven Konstanz gibt es Armut und Wohnungslosigkeit, die aufgrund horrender Mieten, sinkender Reallöhne und Renten wachsen.

Die Lage wird für einkommensschwache KonstanzerInnen immer prekärer, nicht zuletzt durch das hohe Preisniveau und den katastrophalen Wohnungsmarkt. Denn eines der größten Probleme für Menschen in finanziellen Notlagen stellen die hohen Mieten in Konstanz dar. Konstanz liegt in puncto Preisunterschied zwischen bisheriger Miete und Wiedervermietung mit 44 Prozent bundesweit auf einem traurigen Spitzenplatz.

Seit 2013 ist ein extremer Anstieg von Zwangsräumungen und „planlosen bzw. unkontrollierten“ Zuzügen nach Konstanz zu verzeichnen. In zunehmendem Maße sind chronisch und psychisch Kranke, alleinerziehende Frauen, alte Menschen mit kleinen Renten, aber auch Familien mit vielen Kindern und Personen mit Migrationshintergrund vom Konstanzer Wohnungsmarkt ausgegrenzt. Auffällig ist, dass im Landkreis Konstanz zunehmend unter 25-Jährige wohnungslos und hilfebedürftig sind, der prozentuale Anteil

junger Frauen ist bemerkenswert hoch. Für diese Personengruppe ist die Lage angesichts langer Wartelisten bei der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Wobak und der enormen Wohnungsnot nahezu aussichtslos.

Die WOBAK plant den Bau von 18 Wohnungen im Mühlenweg am westlichen Rand von Konstanz: Dieses Bauvorhaben kann nach Ansicht der Linken Liste nur einer erster, unverzichtbarer Tropfen auf den heißen Stein sein. Zumal der Standort heftig umstritten ist, Stichworte sind hier Ghettoisierung, Verdrängung der Schwächsten an den Stadtrand und Stigmatisierung der künftigen BewohnerInnen.

Die Linke Liste Konstanz plädiert für ein umfassendes Konzept, das den Auswirkungen von Armut und der Wohnungslosigkeit wirkungsvoll begegnet, die drängendsten Probleme konkret angeht und die wichtigsten Maßnahmen umsetzt.

Ein wesentlicher Punkt ist die stadtnahe Unterbringung einkommensschwacher Menschen, um Ausgrenzung und Stigmatisierung vorzubeugen. Diese Überlegung ist bei der Entwicklung der Areale „Döbele“, „ehemaliges Vincentiuskrankenhaus“ und aller weiterer in Frage kommenden städtischen Flächen miteinzubeziehen. Wir treten dafür ein, dass auf dem Döbele-Areal Sozial-

Platz 3 **Bernhard Hanke**



Ich kandidiere für die Linke Liste, weil ich dafür sorgen möchte, dass die Beschäftigung bei den TBK aufgestockt wird. Keine Vergabe der Arbeiten an Fremdfirmen!



Betroffenen deutlich mehr kommunale Angebote wie Jugend- und Begegnungszentren, Bildungs- und Kultureinrichtungen. Bei Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten darf das Einkommen der Eltern keine Rolle spielen.

- ▶ Das Bauprogramm der WOBAK im Rahmen der Landesförderung für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen muss weiter ausgebaut werden. Daneben muss es eine substantielle Planung für weitere öffentlich errichtete, städtisch geförderte Sozialwohnungen geben. Denkbar ist eine Verpflichtung der Stadt, bei allen Neubauprojekten einen Anteil von mindestens 50 Prozent für sozialen Wohnungsbau sicherzustellen. Städtischer Grund und Boden darf nicht an private Investoren verkauft werden, sondern muss zur Sicherstellung preiswerten Wohnraums in öffentlicher Hand bleiben.
- ▶ Gegen Wohnungsleerstand und Mietwucher vorgehen: Mietpreisbremse und Umwandlung von leerstehendem Gewerberaum in Mietwohnraum können hier sinnvolle Ansätze sein.
- ▶ Personelle Aufstockung des Fachdiensts Wohnungslosenhilfe und der mobilen Jugendarbeit, um eine umfassende und sinnvolle Betreuung wohnungsloser Menschen zu gewährleisten. Die Personalsituation muss der wachsenden Zahl Wohnsitzloser in Konstanz angepasst werden.
- ▶ Infrastrukturelle Aufwertung des Standortes Mühlenweg, so wie es im Quartier Berchen/Öhmdwiesen durch schrittweise Entwicklung und Aufwertung gelungen ist.
- ▶ Ausweitung der Öffnungszeiten der Tagesstätte AGJ am Lutherplatz und Sanierung des baufälligen Haus von Grund auf. Falls dies nicht möglich ist, muss adäquater, innenstädtischer Ersatz geschaffen werden.
- ▶ Die städtischen Mietbeihilfen müssen dem hohen Konstanzer Mietniveau Rechnung tragen und dementsprechend erhöht werden.
- ▶ Alle Wohnkosten (zum Beispiel Strom, Wasser) müssen auf Darlehensbasis vom Sozialamt für Personen übernommen werden, die nicht in der Lage sind, diese selber zu tragen und von Zwangsräumung bedroht sind.

wohnungen gebaut werden. Auch können wir uns gut vorstellen, dass im Bereich des Büdingen-Parks Wohnungen für Menschen mit wenig Geld entstehen.

Das fordert die LLK außerdem:

- ▶ Neuauflage des Armutsberichts. Die letzte Aktualisierung stammt aus dem Jahr 2002 und mehrere Versuche der LLK, eine Neuauflage zu realisieren, wurden vom Gemeinderat abgelehnt. Dies halten wir angesichts der wachsenden Armut und Wohnungslosigkeit für ein großes Versäumnis.
- ▶ Erfolgsmodell Sozialpass: Wir treten dafür ein, dass PassinhaberInnen kostenlos den ÖPNV nutzen können.
- ▶ Abschaffung der gemeinnützigen Arbeit zu Hungerlöhnen und Umwandlung dieser Jobs in vollwertige, tarifgerechte Arbeitsverhältnisse.
- ▶ Die zunehmende Armut trifft immer mehr Kinder und Jugendliche. Wir fordern für die

Die Stadt ist für Menschen da, nicht für Autos

Öffentlichen Verkehr fördern, Innenstadt autofrei machen

Nach wie vor ist ein drängendes Problem der Konstanzer Stadtpolitik die Verkehrssituation, die nicht zuletzt durch planerische Versäumnisse der Stadtverwaltung entstanden ist.

StadtplanerInnen und sogenannte VerkehrsexpertInnen wurschteln sich von einer Flickschusterei zur nächsten, von einer unsinnigen Verkehrsplanung zur nächsten durch.

Da werden Stadtteile abgesperrt, wodurch andere erst recht mit Blechkisten überflutet werden. Nicht nur in dieser Hinsicht ist ein grenzüberschreitendes Verkehrskonzept der beiden Städte Konstanz und Kreuzlingen auf Augenhöhe anzustreben.



Platz 7 **Hans-Peter Koch**



Ich kandidiere für die Linke Liste Konstanz, weil unsere Stadt für die Menschen da sein muss und nicht für Autos.

Statt den regelmäßigen Autostaus um das Lago-Einkaufszentrum in der Bodanstraße zu begegnen, werden von interessierter Seite zusätzliche Parkmöglichkeiten in der Innenstadt, etwa am Vincentius, am Lutherplatz oder auf dem Döbele ins Gespräch gebracht.

Statt die Innenstadt – womöglich auch durch eine City-Maut, die in etlichen europäischen Städten erfolgreich praktiziert wird, – vom Individualverkehr zu befreien und den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, wird nach dem Muster verfahren, „das haben wir schon immer so gemacht“.

Dies gilt auch für die inzwischen angelegten Park+Ride-Parkplätze. Sie werden ungenutzt bleiben, so lange es keine Fahrverbote an Stautagen und keinen kostenlosen Shuttle-Verkehr in die Stadt gibt.

Die LINKE LISTE Konstanz fordert:

- ▶ Der öffentliche Personennahverkehr muss Vorrang vor dem Individualverkehr haben. Er muss bedarfsgerecht reformiert werden, um die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Dazu muss sofort die lange geplante durchgängige Busspur angelegt werden. Der Bus muss absolute Vorfahrt haben. Niemand steigt auf den ÖPNV um, um dann im Bus im Stau zu stehen.
- ▶ Die Busse müssen besser vertaktet werden.



- ▶ Wir treten für einen Nulltarif im ÖPNV ein. Zumindest fordern wir soziale und nach Entfernung gestaffelte Tarife. Durch bessere Busverbindungen und attraktive Fahrpreise lässt sich die Stadt erheblich vom Individualverkehr entlasten. Handel und Gewerbe sind an der Finanzierung des ÖPNV zu beteiligen. Sie machen schließlich auch ihre Umsätze dadurch. Die Kosten für den Shuttlebus vom Park+Ride-Parkplatz in die Stadt sollten vom Handel übernommen werden.
- ▶ Ziel muss sein, die Innenstadt autofrei zu machen. Solange es kein grenzüberschreitendes Verkehrskonzept gibt, muss dafür gesorgt werden, dass die Innenstadt abgesperrt wird, wenn die Parkhäuser belegt sind. Dazu sind die sogenannten „Schleichwege“ an den Einkaufswochenenden konsequent abzusperren und der Verkehr gezielt zu Parkplätzen außerhalb der Innenstadt zu leiten.
- ▶ Die Park+Ride-Parkplätze sind attraktiv zu gestalten (gute Vertaktung, Toiletten, günstige Fahrpreise).
- ▶ Weiter sind die Kontrollen für Falschparker zu verstärken sowie die dafür fälligen Bußgelder wirksam einzutreiben (das ist auch im Ausland möglich, wie die Schweiz vormacht).
- ▶ Kostengünstige Sammeltaxis sollen verstärkt eingeführt und durch die Stadt (etwa das Stadtmarketing) gezielt beworben werden. Keine weiteren Parkhäuser in der Innenstadt. Noch mehr Parkplätze ziehen nur noch mehr Verkehr an.
- ▶ Die fehlgeleitete Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes erledigt sich von alleine, wenn die von uns vorgeschlagene Absperrung der Innenstadt realisiert wird.
- ▶ Der barrierefreie Zugang zu allen Bahnhofsgleisen muss schnellstens umgesetzt und die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunkts für den „Seehas“ am Sternenplatz in Angriff genommen werden.

Kein Millionengrab Kongress- und Konzerthaus!

Bereits zweimal haben die Konstanzerinnen und Konstanzer in den letzten Jahren einem Kongress- und Konzerthaus (KKH) in Bürgerbefragungen eine deutliche Absage erteilt. Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderates kümmert das nicht: Im Hauruckverfahren will die Stadt Konstanz zusammen mit der Industrie- und Handelskammer das Centrotherm-Grundstück und -Gebäude an der Reichenaustraße erwerben und die unteren Stockwerke zu Kongressräumen umbauen. Außerdem will die Stadt auch das danebenliegende leere Grundstück von Centrotherm zurückkaufen, um dort eine Konzerthalle zu errichten, nicht nur für die Südwestdeutsche Philharmonie, sondern gleich für internationale Spitzenkünstler und dementsprechend groß dimensioniert und teuer.



Da die Verwaltung den Bürgerwillen aber offensichtlich fürchtet wie das Schwein das Schlachtfest, erfährt die Öffentlichkeit nichts über Kosten und Risiken des Projektes, das von Oberbürgermeister Uli Burchardt unverdrossen als Jahrhundertchance hochgejubelt wird, noch ehe man den Preis des Geländes kennt oder auch nur die erste Gebäudeskizze gezeichnet ist.

Abstimmen sollen dieses Mal nicht die KonstanzerInnen, sondern allein der Gemeinderat, und das, bevor irgend jemand die Kosten und Risiken auch nur im entferntesten abschätzen kann. Nach den Erfahrungen mit den Planungen aus den letzten Jahrzehnten ist zu erwarten, dass es hier immerhin um ein Projekt in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Euro geht, das innerhalb weniger

Wochen durch die politischen Entscheidungsgremien gepeitscht werden soll, ehe das Stimmvolk überhaupt halbwegs realisiert, was hier passiert. Im Zweifelsfall baut man lieber Konzerthallen als Sozialwohnungen ...

Bei der vorentscheidenden Sitzung stimmte im Gemeinderat einzig und allein die LINKE LISTE Konstanz mit Nein, die SPD enthielt sich und die bürgerlichen Fraktionen, zu denen längst schon auch die Grünen zählen, waren vehement für das Projekt direkt am Rheinufer. In Zeiten akuter Wohnungsnot und mangelnder Pflegeplätze hat die Stadt Konstanz nach unserer Ansicht andere Aufgaben, als zig Millionen Euro im Schlamm zu verbuddeln, um ein Konzert- und Kongresszentrum zu errichten, das niemand braucht und das mit seinen erheblichen Unterhaltskosten den städtischen Etat auf Jahrzehnte hinaus Jahr für Jahr erheblich belasten wird. Wir wenden uns zudem entschieden gegen die Geheimniskrämerei, die hier wieder einmal zum Nachteil des Steuerzahlers betrieben wird.

Wir fordern:

- ▶ Alle Kosten und Planungen müssen sofort veröffentlicht werden.
- ▶ Es muss eine Bürgerbefragung zum KKH und den geplanten Kongressräumen stattfinden, deren Ergebnis für die Stadt bindend ist.

Zukunft für Bildung

Kinder verdienen eine gute Betreuung



Kinder, die vorschulisch betreut und gefördert werden, kommen später in Schule und Beruf wesentlich besser zurecht. Darum fordert die LINKE LISTE Konstanz eine umfassende kommunale Kinderbetreuung bereits im Vorschulalter.

Die Stadt Konstanz muss dafür sorgen, dass für alle, die einen Kinderbetreuungsplatz benötigen, auch tatsächlich ein Platz zur Verfügung steht. Diese vorschulische Bildung muss für alle Kinder kostenlos werden, auf keinen Fall dürfen die bisherigen Gebühren weiter erhöht werden. Darüber hinaus ist es unumgänglich, qualifiziertes Personal einzustellen. Fachpersonal lässt sich natürlich nur finden und dauerhaft binden, wenn es angemessen bezahlt wird.

Kinder, die besondere Unterstützung benötigen, weil sie in wirtschaftlich schwachen, fremdsprachigen oder bildungsfernen Haushalten aufwachsen, müssen durch zusätzliche pädagogische Angebote gefördert werden. Dazu

gehören Integrationsmaßnahmen ebenso wie die Entwicklung des Sozialverhaltens, frühzeitige individuelle Maßnahmen bei Defiziten und die Einbeziehung der Eltern zum Wohl des Kindes.

Kindergärten und Kindertagesstätten müssen für die Eltern gut erreichbar sein, das heißt in zumutbarer Gehweite von ihrer Wohnung liegen oder über eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel verfügen. Die Bring-, Hol- und Öffnungszeiten dieser Einrichtungen müssen so gestaltet sein, dass Eltern ihrer Berufstätigkeit uneingeschränkt nachgehen können – auch in den Ferien.

Die Stadt darf sich nicht aus ihrer Verantwortung für die Kinderbetreuung stehlen, indem sie diese Aufgabe anderen überträgt. Eine Initiative aus dem Waldorf-Umfeld hat gerade erhebliche städtische Mittel verschleudert, ohne dafür in der vereinbarten Zeit tatsächlich Plätze für Kinder zu schaffen. Eine Kinderbetreuung mit dem Ziel, Chancengleichheit für alle herzustellen, muss von der öffentlichen Hand getragen werden. Kirchen, Sekten und andere weltanschaulich-religiöse Gruppierungen dürfen keinen Einfluss auf Kinder haben!

Deshalb fordert die LINKE LISTE Konstanz:

- ▶ Kostenlose Kindergarten-, Krippen- und Kindertagesstättenplätze mit entsprechender Kernzeitbetreuung.
- ▶ Qualifizierte Förderung durch Fachpersonal für alle Altersgruppen.
- ▶ Ausbildung und Bezahlung von ErzieherInnen müssen verbessert, die Fortbildung erleichtert werden.
- ▶ Kostenlose Verpflegung und medizinische Betreuung aller Kinder.

Platz 6 **Angelika Böhl**



Ich kandidiere für die Linke Liste Konstanz, weil ich möchte, dass der Pflegenotstand in Konstanzer Pflegeheimen beseitigt wird. Dazu gehören gut ausgebildete Kräfte, die anständig, mindestens tariflich, bezahlt werden.

In der Schule fürs Leben lernen

In Bildungsvergleichen schneiden SchülerInnen in Ländern, die auf ein gemeinsames Lernen setzen, oft deutlich besser ab als Kinder aus Ländern, die eine strenge Auswahl der Schüler in einem mehrgliedrigem Schulsystem betreiben. Insbesondere in Deutschland ist das Schulsystem aber bisher extrem undurchlässig und benachteiligt SchülerInnen aus sozial schwächeren Verhältnissen deutlich, dazu kommt gestiegener Druck durch die verkürzte Schulzeit bis zum Abitur.

Dadurch werden soziale Rollen und mangelnde Aufstiegschancen über Generationen hinweg weitergegeben: Kinder aus AkademikerInnenhaushalten werden ihrerseits wieder AkademikerInnen, Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsniveau hingegen werden in der Schule früh aussortiert. „Das Kernproblem des gegliederten Schulsystems liegt darin, dass es den Schulen leicht gemacht wird, Probleme abzuschieben anstatt sie zu lösen“, kritisiert ein Bildungsexperte.



Wir lehnen das weiterhin meist mehrgliedrige Bildungssystem in Baden-Württemberg ab, da es Kindern früh gerechte Lebenschancen verbaut. Im Mittelpunkt der schulischen Bildung muss vielmehr eine individuelle Förderung aller SchülerInnen stehen, die jedem Kind, auch wenn es aus einem sozial schwachen, fremdsprachigen oder bildungsfernen Elternhaus kommt, eine angemessene persönliche Entwicklung ermöglicht.

Die bisher viel zu zaghaften Versuche mit der von uns seit langem geforderten Gemeinschaftsschule stoßen nicht nur bei Bildungsforschern, sondern auch bei den Eltern in Konstanz auf großen Anklang. Deshalb muss die Gemeinschaftsschule zur Regelschule werden!

Die LINKE LISTE Konstanz fordert:

- ▶ Mehr Gemeinschaftsschulen in Konstanz.
- ▶ Echte Wahlfreiheit zwischen G9 und G8 an den bestehenden Gymnasien.
- ▶ Verstärkte Schulsozialarbeit an allen Schulen, hier darf es keine Sparzwänge geben.
- ▶ Gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder (Inklusion).
- ▶ Ganztagschulen mit zusätzlichen gebührenfreien Angeboten in Musik, Sport und Kunst, die über eine bloße Mindestversorgung hinausgehen.
- ▶ Kostenlose Schulspeisung.
- ▶ Regelmäßige Überprüfung und Aufstockung der Lern- und Sachmittel, um allen Schülern gleiche Voraussetzungen bieten zu können.
- ▶ Freien Zugang zu Konstanzer Schulen für in der Schweiz ansässige Kinder mit deutschem Pass.
- ▶ Eine kostenlose Schülerbeförderung durch den Öffentlichen Personennahverkehr.
- ▶ Striktes Verbot von Werbung und Sponsoring an Schulen durch Unternehmen oder Bundeswehr.

Eine Chance für die Jugend

Mehr Freiraum für junge Menschen

Bei dieser Kommunalwahl haben junge Menschen mit der Einführung des Wahlrechts ab 16 erstmals die Möglichkeit, sich in die Stadt- und Kreispolitik aktiv einzubringen. Die LINKE LISTE Konstanz begrüßt diesen ersten Schritt zu mehr Mitbestimmung für junge Menschen und ruft diese auf, auch über die Wahlen hinaus gemeinsam für eine sozial gerechte, kulturell vielfältige und offene Stadt zu streiten. Soziale Gerechtigkeit und Offenheit für die Probleme und Anliegen aller Menschen hat viele Facetten – und leider ebenso viele Gegner.

Die Wohnraumsituation in Konstanz ist nicht nur, sondern auch für junge Menschen in Schule, Ausbildung und Studium unzumutbar, denn viele müssen die Hälfte oder gar mehr ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum für alle ein und fordern ein stärkeres Engagement der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, da öffentliche Dienstleister wie das Studierendenwerk allein kaum mit dem Ansturm fertig werden. Vom viel beschworenen freien Wohnungsmarkt, der in Wirklichkeit vor allem die Bedürfnisse Bessergestellter befriedigt, haben junge Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen ohnehin nichts zu erhoffen. Sowohl Wohnraum als auch Bildung aber sind Menschenrechte.

Selbstverständlich dürfen auch Freizeit und die Teilhabe an Kultur und Sport nicht vom Geldbeutel abhängig sein, da sie zentraler Bestandteil der Persönlichkeitsentfaltung und Bildung junger Menschen sind. Zugangsbarrieren dazu abzubauen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – auch der Stadt Konstanz.

Jugendliche in Konstanz brauchen mehr Freiraum, um sich zu entfalten und sich künstlerisch, kulturell sowie politisch zu betätigen. Deshalb fordern wir selbstverwaltete Jugendzentren. Dies schafft Raum für Kreativität, das eigenständige Erlernen von Verantwortungsbewusstsein und für die Pflege sozialer Kompetenz. Gleichzeitig können solche Jugendzentren ein wichtiger Baustein für die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen sein.

Für den öffentlichen Raum lehnen wir einen autoritären Gebrauch des städtischen Ordnungsrechts ab: Konfliktthemen wie die Sperrstunde oder etwaige nächtliche Lärmbelästigungen dürfen nicht einseitig zugunsten bestimmter Bevölkerungsteile „gelöst“ werden, sondern müssen unter Einbeziehung der Jugendlichen und ihrer Interessen diskutiert werden. Insbesondere hier sagt die LINKE LISTE Konstanz klar: Das Seeufer gehört allen! Glasflaschenverbote, Forderungen nach einer Kameraüberwachung am Seerhein und den Einsatz privater Security lehnen wir entschieden ab! „Stadt“ darf nicht heißen, dass öffentliche Plätze für eine Minderheit der Bevölkerung reserviert werden. „Stadt“ ist öffentliches Gut und gehört der Allgemeinheit.

Platz 8 **Tanja Kaufmann**



Ich trete für die Linke Liste an, um ein Sprachrohr für junge KonstanzerInnen und ihre politischen Belange zu sein und um mich mit ihnen gemeinsam in die Stadtpolitik einzumischen – damit Konstanz für alle da ist!

Das kommunale Wahlrecht ab 16 ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber beim aktiven Wahlrecht, also beim reinen Kreuzchen-Machen, darf es nicht bleiben: Ein Jugendgemeinderat zur Mitbestimmung bei jugendpolitischen Themen wäre ein wichtiger Meilenstein für echte politische Teilhabe. Wir fordern die Einrichtung eines Jugendgremiums mit Entsenderecht in alle Ausschüsse des Gemeinderats sowie Stimm- und Antragsrecht, wo immer es um jugendpolitische Themen geht. Dieser Jugendgemeinderat sollte aus Wahlen an den Schulen hervorgehen und so bereits SchülerInnen die Möglichkeit geben, die Stadtpolitik jenseits von Parteiinteressen aktiv mitzugestalten. Unterstützung für die parlamentarische Arbeit kann dabei etwa auch von politischen Arbeitsgemeinschaften in Jugendzentren und an Schulen kommen, die bereits früh die Basis für eine aktive gesellschaftliche Teilhabe legen.



Außerdem fordern wir die Einführung des passiven kommunalen Wahlrechts ab 16, um junge Menschen konsequenter in demokratische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wer wählen darf, soll auch gewählt werden können. Auch angesichts der stetig sinkenden Wahlbeteiligung und der zunehmenden Überalterung der VolksvertreterInnen wird es höchste Zeit, mit der politischen Mitsprache junger Menschen Ernst zu machen.

Die LINKE LISTE Konstanz fordert:

- ▶ Heranwachsende und Jugendliche brauchen Möglichkeiten zur freien Entfaltung: Dazu gehören bezahlbare Wohnungen, selbstverwalteter Freiraum und eine angemessene Teilhabe von Jugendlichen an den Entscheidungen in dieser Stadt.
- ▶ Analyse des bestehenden Angebots und des tatsächlichen Bedarfs an Jugendkultur in Konstanz.
- ▶ Stadtteilbezogene Einrichtung selbstverwalteter Jugendzentren.
- ▶ Keine Verdrängung alternativer Lebensformen aus der Innenstadt und den Stadtteilen.
- ▶ Einrichtung jugendgerechter Sportstätten.
- ▶ Erhalt und Ausbau von Beratungs- und Sozialangeboten.
- ▶ Schaffung weiterer vergünstigter Angebote für Freizeiteinrichtungen, Bäder, Kinos, Theater etc.
- ▶ Einrichtung von mehr Grillplätzen.

Echte Chancengleichheit durch Inklusion

Zur wirklichen Chancengleichheit für alle Kinder gehört gemeinsames Lernen für nicht-behinderte und behinderte SchülerInnen, wie es von einer UN-Konvention gefordert wird („Inklusion“). Derzeit werden in Deutschland etwa 360.000 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf aus dem normalen Schulbetrieb ausgeschlossen und auf „Sonderschulen“ geschickt, die sie sozial isolieren und nicht ausreichend auf die Arbeitswelt vorbereiten. Diese Kinder haben von vornherein kaum eine Chance auf eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und Arbeitsleben und werden während ihrer Schulzeit mehr oder weniger verwahrt, ehe sie mit einem Schulabschluss entlassen werden, der auf dem Arbeitsmarkt nichts wert ist. BildungsexpertInnen beklagen, dass in diesem System die Abstiegswahrscheinlichkeiten für SchülerInnen mit körperlichen und geistigen Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten um ein Vielfaches höher liegen als die Aufstiegswahrscheinlichkeiten. Auch hier trifft es vor allem die sozial Schwachen. Damit muss Schluss sein. Behinderte und nichtbehinderte Kinder müssen auch in Konstanz grundsätzlich gemeinsam betreut und unterrichtet werden!

Flächendeckend: gute Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist keine Ware

Seit Jahren gibt es Auseinandersetzungen um die Zukunft des Konstanzer Klinikums. Vor einigen Jahren erst scheiterten Privatisierungspläne der Stadtverwaltung und der bürgerlichen Fraktionen im Gemeinderat an breitem öffentlichem Protest. Jahrelang hielten die Verantwortlichen sich die Option, diesen wichtigen Pfeiler der öffentlichen Gesundheitsversorgung an einen Konzern zu verscherbeln, trotzdem offen. Hintergrund sind finanzielle Probleme, denen sich das Klinikum seit langer Zeit gegenüber sieht. Der Hauptgrund dafür sind die ständigen neoliberalen „Gesundheitsreformen“, die dem kommunalen Krankenhausesektor systematisch Kürzungen beschert haben.

Erklärtes Ziel dieser Politik ist, Einrichtungen, deren Ziel es eigentlich sein sollte, kranken und pflegebedürftigen Menschen zu helfen, in profitorientierte Unternehmen umzuwandeln. Der Erfolg eines Krankenhauses bemisst sich danach nicht daran, welchen Beitrag es zur Gesundheitsversorgung leistet, sondern wie viel Gewinne sich damit erzielen lassen. Häuser, die sich dieser Maxime nicht beugen wollen oder können, werden landauf, landab geschlossen oder aber privatisiert.

In Konstanz kamen zu dieser durch eine menschenverachtende Bundespolitik verursachten schlechten Lage noch hausgemachte Fehler hinzu. Erinnerung sei nur an die von der Spitalstiftung beschlossene und im Gemeinderat abgesegnete Verlagerung der Vincentius-Klinik, die einen zweistelligen Millionenbetrag verschlungen hat. Auch interne Auseinandersetzungen innerhalb der Klinikleitung, die unter anderem zu Kündigungen und Entlassungen von medizinischem Spitzenpersonal führten, zeugen davon, dass man sich über die künftige Ausrichtung des Klinikums völlig uneinig war. Das alles ging zusätzlich zu Lasten des Personals und vor allem der Menschen, die auf medizinische Leistungen angewiesen sind.

Die LINKE LISTE hat lange für den Erhalt des Konstanzer Klinikums als städtischer Eigenbetrieb gekämpft. Sie hat sich vor allem immer vehement gegen eine Privatisierung der städtischen Gesundheitsleistungen ausgesprochen.

Im Dezember 2012 ist das Klinikum in die „Gemeinnützige Krankenhausbetriebsgesellschaft Konstanz mbH“ umgewandelt und in den „Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz“ eingebracht worden. Wir betrachten diesen Schritt allenfalls als Teilerfolg gegen neoliberale Privatisierungsgelüste. Denn durch die Umwandlung in eine GmbH sind die öffentlichen Einflussmöglichkeiten auf die Klinikpolitik deutlich geschwächt worden.

Platz 5 **Simon Pschorr**



Ich trete zur Gemeinderatswahl an, damit Rassismus in unserer Stadt keine Chance hat! Alle Menschen sind gleich geboren und mit derselben unverletzlichen Würde ausgestattet. Jeder hat das Recht auf gleiche Behandlung und niemandem steht es frei, dies mit Füßen zu treten.

Für uns bleibt oberster Grundsatz in der Gesundheitspolitik dennoch:

- ▶ Gesundheit ist keine Ware. Die Kommune ist verantwortlich für die Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger, und die Gesundheitsversorgung zählt dabei zu den wichtigsten Bereichen. Sie darf nicht zum Gegenstand von Profitmacherei gemacht werden.
- ▶ Die LINKE LISTE wird alle Vorstöße bekämpfen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung einzuschränken. Das gilt sowohl für den Gemeinderat als auch für den Kreistag, der nun für die Kliniken zuständig ist.
- ▶ Die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung muss sichergestellt bleiben, ob in Konstanz oder in anderen Gemeinden im Landkreis. Ökonomische Argumente dürfen kein Vorwand für eine Reduzierung flächendeckender Leistungen sein.
- ▶ Wir treten insbesondere dafür ein, dass das Personal deutlich aufgestockt und besser bezahlt wird. Seit Jahren müssen die Beschäftigten unter schlechtesten Bedingungen am und über dem Limit arbeiten, weil Personal abgebaut und die Einkommen verringert worden sind. Das ist unerträglich – für die Beschäftigten und die Patienten. Es ist kein Wunder, dass immer häufiger Fachkräfte in die benachbarte Schweiz abwandern, weil dort sowohl Einkommen als auch Arbeitsbedingungen besser sind. Das Argument, dass die Kliniken ja nach Tarif zahlen, zählt angesichts des elend niedrigen Niveaus, auf dem sich diese bewegen, nicht.
- ▶ Der Klinikverbund muss dazu gezwungen werden, übertarifliche Löhne zu zahlen, damit die Beschäftigten für ihre verantwortungsvollen Tätigkeiten angemessen entlohnt werden.

Lebensqualität auch im Alter

Im Jahr 2030 werden voraussichtlich über 21 Millionen BundesbürgerInnen älter als 65 Jahre sein. Daraus ergibt sich ein steigender Bedarf an Lebens- und Wohnkonzepten für das Alter, auch in Konstanz. Außerdem müssen die Bedürfnisse älterer Menschen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens wie beispielsweise im Verkehrswesen oder dem Städtebau besser berücksichtigt werden.

Die LINKE LISTE Konstanz ist der Ansicht, dass ältere Menschen selbst entscheiden sollen, wie sie im Alter leben und welche Art von Hilfeleistung sie, wenn dies nötig wird, in Anspruch nehmen wollen. Um ihnen diese Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen, ist es erforderlich, ein breites Angebot – auch alternativer – Lebens-, Wohn- und Pflegeformen bereitzustellen, die den geänderten Ansprüchen neuer Generationen älterer Menschen gerecht werden.

Neben den klassischen Angeboten wie dem betreuten Wohnen und der ambulanten oder stationären Pflege, die ausgebaut und fortentwickelt werden müssen, werden in den nächsten Jahren neue Formen des Lebens im Alter immer größere Zustimmung erfahren. Diese Modelle zielen darauf ab, alten Menschen eine gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und dadurch ihrer drohenden Isolation im Alter vorzubeugen, ohne ihre Privatsphäre einzuschränken.

Beispiele für solche Lebensformen sind Senioren-Wohngemeinschaften, Seniorengenossenschaften und Mehr-Generationen-Häuser, die es bereits in vielen Städten gibt. Sie müssen finanziell und gegebenenfalls auch personell gefördert werden, denn sie steigern nicht nur die Lebensqualität älterer Menschen, sondern stärken auch das dringend notwendige Gemeinschaftsgefühl zwischen den Generationen.



Die LINKE LISTE Konstanz möchte

- ▶ Angemessen und rechtzeitig auf die demographische Entwicklung reagieren und Wohn- und Lebenskonzepte für SeniorInnen fördern.
- ▶ Selbstbestimmte Wohnkonzepte wie z.B. Senioren-Wohngemeinschaften und Mehr-Generationen-Häuser fördern.
- ▶ Ein selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Leben auch am Lebensabend fördern.

Wir fordern:

- ▶ Für Pflegeheime müssen attraktive Bauplätze für kleinere Häuser in den verschiedenen Wohnquartieren reserviert werden.
- ▶ Es müssen Vorschriften für eine alten- bzw. behindertengerechte Wohnbebauung erlassen werden.
- ▶ Es müssen mehr öffentliche Bedürfnisanstalten und altengerechte Sitzgelegenheiten auf den Straßen eingerichtet werden.
- ▶ Der alten- und behindertengerechte Ausbau des Hauptbahnhofs Konstanz muss durch eine Beteiligung der Stadt beschleunigt werden. Es genügt nicht, wenn sich Bahn und Stadt den Schwarzen Peter gegenseitig zuschieben.
- ▶ Randsteine müssen so abgesenkt werden, dass sie für RollatorfahrerInnen und seh- oder gehbehinderte Menschen kein Hindernis mehr darstellen.
- ▶ In den städtischen Pflegeeinrichtungen fehlt qualifiziertes Personal an allen Ecken und Enden. Wir fordern einen deutlichen Ausbau qualifizierter und angemessen entlohnter Stellen.

Für eine barrierefreie Stadt

Behinderte Menschen haben dieselben Rechte wie alle Menschen. Das gilt für das private wie das gesellschaftliche Leben und schließt den Schutz vor jeder Art von Ausgrenzung und Diskriminierung mit ein. Das Recht auf freie Entfaltung lässt sich aber nur dann verwirklichen, wenn alle relevanten Lebensbereiche – wie Wohnen, Ausbildung, Arbeit, Mobilität, öffentlicher Nahverkehr, aber auch Freizeit – entsprechend gestaltet werden. Ein abschreckendes Gegenbeispiel lieferte die Stadt Konstanz gerade mit der Begegnungszone am Bahnhof, die trotz der Warnungen des städtischen Behindertenbeauftragten als unüberwindliches Hindernis für alte und behinderte Menschen errichtet wurde. Das darf sich nicht wiederholen! Wir haben uns bereits im Vorfeld gegen diesen Unfug gewandt und die Begegnungszone im Gemeinderat gegen die breite Mehrheit klar abgelehnt.

Wir setzen uns aber auch ähnlich konsequent für andere zentrale Belange behinderter Menschen ein: Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit und sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sind für uns selbstverständlich. Denn Barrieren sind nicht nur zu kurze Grünphasen der Ampeln und zu hohe Bordsteine, sondern auch soziale Barrieren etwa auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Wirtschaftsförderung muß sozial und ökologisch sein

Städtische Aufträge nur bei Tariflohn und arbeitsrechtlichen Mindeststandards Öffentliche Beschäftigung fördern

Die Stadt Konstanz hat die Möglichkeit, Maßnahmen gegen den ausufernden Niedriglohnsektor zu ergreifen. Schon im Jahr 2006 hat das Bundesverfassungsgericht letztinstanzlich entschieden, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge davon abhängig gemacht werden darf, dass die entsprechenden Unternehmen Tariflöhne zahlen. Damit erklärte Karlsruhe die in Berlin geltende sogenannte Tariftreue-Erklärung für rechts, nach der kommunale Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten die ortsüblichen Tarife zahlen.

Die Stadt steht darüber hinaus in der Pflicht, darauf zu achten, dass nur Unternehmen in den Genuss städtischer Aufträge kommen, die gesetzliche Mindeststandards wie Ausbildungspflichten und Arbeitsschutzvorschriften einhalten.

Städtische Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sollen außerdem darauf ausgerichtet werden, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Bei öffentlichen Aufträgen sind deshalb regionale Anbieter zu bevorzugen, die klar definierte soziale und ökologische Kriterien erfüllen.

Platz 4 **Luise Schönemann**



Ich kandidiere für die Linke Liste, weil das tägliche Leben in der Stadt stattfindet und nur eine soziale Gestaltung der Kommunalpolitik ein gutes Leben für alle ermöglicht.

Darüber hinaus muss die Stadt mehr für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors tun. Bei der Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben braucht es Investitionen in Non-Profit-Bereiche, nicht die Delegation an profitorientierte privatwirtschaftliche Anbieter. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise müsste auch dem Letzten endgültig gezeigt haben, dass der Privatisierungswahn von Staat und Kommunen ein gefährlicher Irrweg ist.

Es ist ein Skandal, dass die Stadt beispielsweise bei den Technischen Betrieben Konstanz zwischen 2006 und 2013 insgesamt 165 Arbeitslosengeld-II-Empfänger in sogenannten Arbeitsgelegenheiten für einen Stundenlohn von 1,50 Euro beschäftigte. Diese skandalöse Praxis hat die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat abgesegnet, gegen die Stimmen der LLK. Die Stadt darf als öffentlicher Arbeitgeber nicht auch noch solche Elendslöhne fördern; Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können.

Die LINKE LISTE Konstanz fordert:

- ▶ Aufträge der Stadt, der städtischen Eigenbetriebe und der GmbHs werden nur an solche Unternehmen vergeben, die erklären, dass sie und ihre Subunternehmen Tariflöhne zahlen und arbeitsrechtliche Mindeststandards einhalten.

- ▶ Lokale Firmen sollen bei Vergaben nach Möglichkeit bevorzugt werden, wenn damit ökologische (z.B. Anfahrtswege), soziale (z.B. gefährdete lokale Arbeitsplätze) und steuerliche Vorteile (Gewerbesteuer und Grundsteuereinnahmen) für die Stadt und Region verbunden sind.
- ▶ Stadtverwaltung und Gemeinderat müssen Konzepte zur Förderung öffentlicher Beschäftigung in Konstanz erarbeiten.
- ▶ Allen Beschäftigten sind Tariflöhne zu zahlen. Bestehende Arbeitsverhältnisse, in denen Niedriglöhne gezahlt werden, sind entsprechend umzuwandeln.



Für eine ökologische Zukunft

Die Erhaltung der Umwelt ist eine Aufgabe, die nicht nur internationale, sondern auch regionale Anstrengungen auf allen Gebieten erforderlich macht. So ist etwa jedes Sanierungs- oder Neubauprojekt der Stadt auf seine ökologischen Folgen hin zu prüfen. Maßnahmen wie der Vollwärmeschutz oder eine Modernisierung der Heizungsanlagen können die Umweltbelastung erheblich reduzieren. Bei öffentlichen Gebäuden sind zudem wo immer möglich Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen einzusetzen, und die gesamte Beschaffungspolitik der Stadt Konstanz muss sich verstärkt an energie- und umweltpolitischen Zielen orientieren.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot will die Stadt in den nächsten Jahren erhebliche Flächen für Neubauprojekte ausweisen. Um dabei Flächenverbrauch und Zersiedelung zu begrenzen, sind Mehrfamilien- und nicht Einfamilienhäuser zu bevorzugen. Außerdem müssen bei der Innenverdichtung innerstädtische Grünflächen, Spielplätze und Sportstätten erhalten bleiben und bei Neubebauungen solche möglichst wenig versiegelten Flächen mit eingeplant werden. Auch wohnortnahe Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten verringern den Energieverbrauch und Schadstoffausstoß ganz erheblich.

Dass sich auch am Bodensee jegliches Fracking verbietet, ist für die LINKE LISTE Konstanz ohnehin eine Selbstverständlichkeit.



Für eine interkulturelle Kommunalpolitik

Integration voranbringen

In Konstanz leben rund 10.000 Einwanderer und Einwanderinnen, die nicht im Besitz eines deutschen Passes sind. Das sind 12,6 % der Bevölkerung. Insgesamt haben etwa 30 % der KonstanzerInnen einen Migrationshintergrund.

Viele dieser Menschen können sich bisher nur begrenzt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben beteiligen, arbeiten im Niedriglohnbereich und leben in schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Diese Menschen müssen mit all ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihrer Kultur gleichberechtigt am Leben in Konstanz teilnehmen können.

Daher ist die gelungene Integration dieser Bevölkerungsgruppe eine zentrale kommunale Aufgabe, für die ausreichend Personal und Geld bereitgestellt werden müssen. Die LINKE LISTE Konstanz befürwortet die im Konstanzer Integrationskonzept formulierten Ziele und fordert deren konsequente Umsetzung.

Dazu zählen insbesondere:

- ▶ Sprachförderung für alle EinwanderInnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.
- ▶ Berufsförderungsmaßnahmen, insbesondere für junge Menschen unter 25 Jahren.
- ▶ Sprachförderung sowie außerschulische pädagogische und soziale Angebote für Kinder.
- ▶ Volle berufliche, soziale und kulturelle Chancengleichheit für MigrantInnen und ihre Kinder.
- ▶ Finanzielle und organisatorische Unterstützung für Migranten-Organisationen und Menschenrechts-Initiativen.
- ▶ Interkulturelle Öffnung der Verwaltung.
- ▶ Förderung der vollen Teilhabe am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben.

Schutz vor Diskriminierung und Gewalt

Der Schutz vor Diskriminierung und Gewalt ist ein allgemeines Menschenrecht. Dieses Recht beschränkt sich nicht auf das Vermeiden unmittelbarer Menschenrechtsverletzungen, sondern muss selbstverständlich auch den Schutz vor allen indirekten Formen von Benachteiligung und Diskriminierung einschließen.

Wir treten für eine Politik gegen Vorurteile und Rassismus aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, nationaler Zugehörigkeit oder weltanschaulicher Überzeugung ein.

Unsere Forderung:

- ▶ Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle.

Lebensbedingungen von Flüchtlingen verbessern

AsylbewerberInnen aus Kriegs- und Krisengebieten werden in Konstanz immer noch in einer Gemeinschaftsunterkunft unter erbärmlichen Bedingungen untergebracht. Es stehen pro Person nur 4,5 qm Wohnfläche und gemeinschaftliche Sanitäreinrichtungen und

Küchen zur Verfügung. Es gibt keine Rückzugsmöglichkeiten für Jugendliche oder Spielzimmer für Kinder.

Obwohl die baden-württembergische Landesregierung die Auflösung dieser lagerähnlichen Unterkünfte empfiehlt, zögern die Zuständigen im Kreis Konstanz, Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Wir treten dafür ein, dass der Gemeinderat seinen Einfluss geltend macht, um das zu ändern.

Erst nach langem Kampf der Betroffenen, die dabei von Konstanzer Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurden, hat der zuständige Landrat zumindest teilweise eingelenkt: Die diskriminierende Gutscheinpraxis gehört der Vergangenheit an und Flüchtlinge erhalten die ihnen zustehenden Leistungen. Das Ziel, bedingungslos Bargeld zu bekommen wie in anderen Landkreisen Baden-Württembergs auch, ist jedoch noch nicht erreicht. Nun werden Geldkarten vergeben, die nicht in allen Läden und Supermärkten akzeptiert werden.

Notwendig ist darüber hinaus eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen aller in Konstanz lebenden Flüchtlinge gleich welcher Herkunft. Dazu gehören auch jene AsylbewerberInnen und Flüchtlinge, deren Aufenthalt nicht auf Dauer angelegt ist.

Daher fordern wir:

- ▶ Gesetzliche Handlungsspielräume müssen zugunsten der Betroffenen ausgeschöpft werden.
- ▶ Bedingungslose Auszahlung der den Flüchtlingen zustehenden Leistungen.
- ▶ Schulunterricht für Flüchtlingskinder.
- ▶ Sprachförderung.
- ▶ Dezentrale Unterbringung, um einer Gettoisierung entgegenzuwirken.

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Seit 1992 besitzen EU-BürgerInnen in Deutschland ein kommunales Wahlrecht. In bereits 16 EU-Ländern gibt es außerdem ein kommunales Wahlrecht auch für MitbürgerInnen, die nicht aus Ländern der EU stammen. Dieses kommunale Wahlrecht wird den rund 5 Millionen in Deutschland lebenden Nicht-EU-Staatsangehörigen aber weiter vorenthalten.

Nicht alle MigrantInnen, die bereits lange in Konstanz leben, können oder wollen die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen. Für sie ist dieses Wahlrecht deshalb eine wichtige Möglichkeit, auf ihre Lebensumstände selbst Einfluss zu nehmen und ihre elementaren Interessen zu vertreten.

Immer mehr deutsche Städte unterzeichnen die Petition zum Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige. „Hier, wo ich lebe, will ich wählen!“ Wir schließen uns dieser Forderung an.

Wir fordern:

- ▶ Kommunales Wahlrecht für alle EinwanderInnen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

HIER SIND WIR ZUHAUSE
BURADA EVİMİZDEYİZ
ЗДЕСЬ МЫ ДОМА
QUI SIAMO A CASA
EM LI VIRA MALA XWE NE
وطننا هنا

DIE LINKE.

Kein Raum für Nazis

Rassismus und Faschismus bei uns konsequent bekämpfen!

Mit der einhelligen Verabschiedung der „Konstanzer Erklärung für eine Kultur der Anerkennung und gegen Rassismus“ hat der Konstanzer Gemeinderat im Juli 2012 einen großen Schritt gegen Rassismus und Faschismus getan, auf den die LINKE LISTE Konstanz sehr lange, sehr zäh und gegen zahlreiche Widerstände hingearbeitet hat.

Die Region gibt sich auf den ersten Blick weltoffen, aber der Schein trügt immer wieder. Die radikale Rechte ist auch am Bodensee fest verankert. Man denke etwa an die Sonnenwendfeiern mit völkischen Gedichten und Fackelzug in den umliegenden Wäldern, an die „Nazi-Geister“ auf der Fasnacht 2012 oder die Flut der Drohschreiben an Journalisten und Politiker wie unseren Stadtrat Holger Reile.

Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, wie sie in jüngster Zeit zahlreiche NPD-Aufkleber im Hockgraben propagieren, richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Ausländer-raus-Parolen sind keine Meinungsäußerung, sondern eine verbrecherische Diskriminierung der Betroffenen! Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen, und setzen auf Aufklärungsarbeit und breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

**NAZI
AUFM
ÄRSCHEN
STOPPEN**

Platz 9 **Jürgen Geiger**



Ich kandidiere für die Linke Liste, weil ich will, dass soziale und demokratische Bewegungen eine Stimme im Konstanzer Gemeinderat haben.

Vor allem müssen Städte und Gemeinden endlich verbesserte rechtliche Möglichkeiten bekommen, die Vergabe öffentlicher Räume zu verhindern, wenn dort Nazipropaganda geplant ist. Gerade junge Menschen sind für rechtsradikales Gedankengut leicht empfänglich, da die menschenverachtenden Inhalte für sie oftmals auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. Deshalb müssen Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben anstreben, kommunal gefördert werden. Projekte wie „Schule ohne Rassismus“, antifaschistische Bündnisse und Aufklärungsarbeit müssen als Teil der demokratischen Willensbildung in den Kommunen anerkannt werden.

Die LINKE LISTE Konstanz fordert mehr kommunale Ressourcen im Kampf gegen Rassismus, Intoleranz und Neonazismus. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit AsylbewerberInnen. Hier ist die Stadt aufgerufen, durch kulturelle, sportliche und soziale Projekte sowie eine unmissverständlich antifaschistische Haltung allen rechten Umtrieben einen Riegel vorzuschieben. Die Konstanzer Erklärung ist gegen die Bedrohung von rechts nur ein erster Schritt.

Kultur darf kein Luxus sein

Freiräume für kulturelle Aktivitäten schaffen

In den zurückliegenden Jahren hat sich in der Konstanzer Kulturszene einiges getan. Die Gelder, die für das kulturelle Leben in der Stadt ausgegeben werden, sind in der Regel gut angelegt. Stadttheater, Musikschule, Philharmonie, Museen – um nur einige Institutionen der „Hoch“kultur zu nennen – gehören längst zur Grundversorgung und haben weit über den Landkreis hinaus einen exzellenten Ruf. Zwar wirkt die Misswirtschaft bei der Philharmonie noch nach, aber die neue Geschäftsführung ist glaubhaft darum bemüht, die aufgelaufenen Schulden abzubauen und neue Wege zu betreten.

Für die LINKE LISTE Konstanz ist die Teilhabe am kulturellen Geschehen für alle BürgerInnen ein Grundstein ihrer Politik. Daher haben wir uns seit jeher gegen zahlreiche Widerstände dafür eingesetzt, auch sozial benachteiligten und finanziell schwachen BürgerInnen den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen zu ermöglichen. Unsere Vorstöße in dieser Richtung hatten schließlich Erfolg: Menschen, die Arbeitslosengeld, Wohngeld oder Sozialhilfe erhalten, können die Vorteile des Sozialpasses nutzen. Sie erhalten vergünstigte Tarife in Frei- und Hallenbädern, bei der Volkshochschule, in Museen, bei der Philharmonie oder im Stadttheater. Dazu gibt es einen ermäßigten Jahresbeitrag bei der Stadtbücherei, und für Kinder werden die Vereinsbeiträge und die Beiträge für die Musikschule bis zu 80 Prozent übernommen. Diese Regelungen gelten übrigens auch für BezieherInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Auch die oft als „alternative“ Kulturbetriebe bezeichneten Institutionen in unserer Stadt wie K9, ZebraKino, Kulturladen, Zimmertheater oder Contrast haben sich etabliert und werden finanziell immer besser abgesichert. Sie können sich weiterhin auf unsere Unter-

stützung und Solidarität verlassen. In letzter Zeit mehrfach erhobene Forderungen, das Kulturleben dem Gesetz des Marktes zu überlassen und die Subventionen zu streichen, weisen wir entschieden zurück. Die öffentliche Hand steht für uns in der Pflicht, die kulturellen Einrichtungen zu erhalten.

Einige Ewiggestrige wollen übrigens erneut einen Anlauf für das durch die BürgerInnen bereits zweimal abgeschmetterte Konzert- und Kongresshaus nehmen. Dem treten wir entschieden entgegen. 30, 50, 70 oder gar 100 Millionen Euro für ein Prestigeprojekt, das niemand braucht, wären für die kulturelle Vielfalt in Konstanz existenzbedrohend!



Nein zum überbewerteten Konziljubiläum!

Konstanz will geschlagene fünf Jahre lang das Jubiläum des Konzils 1414-1418 feiern. Insgesamt sind dafür Kosten von rund 12 Millionen Euro veranschlagt, die Hälfte davon wird die Stadt übernehmen. Wir haben von Anfang an im Gemeinderat gefordert, für die anstehenden Feierlichkeiten maximal 2 Millionen städtischer Mittel zur Verfügung zu stellen und bei den Kirchen eine angemessene Kostenbeteiligung einzufordern, fanden dafür aber keine Mehrheit. Mit viel Mühe ist es uns immerhin gelungen, den Nachbau eines mittelalterlichen Bootes – Kosten bis zu 400.000 Euro – zu verhindern. Auch der Handwerkermarkt wurde nicht zuletzt aufgrund unserer Intervention auf nunmehr eine Woche eingedampft, Kostenersparnis für die Stadt: etwa 200.000 Euro.

Andere – ebenso teure wie sinnlose – Projekte wurden von der Mehrheit des Gemeinderats hingegen kritiklos genehmigt. Unsere Vorschläge, das Jubiläum etwa durch Angebote für die Jugend interessanter zu gestalten, fanden keine Unterstützung, und so bleibt das Programm ein fantasieloses Sammelsurium.

Das Angebot ist außerdem stark kirchenlastig. Veranstaltungen für FreidenkerInnen, HumanistInnen, KirchenkritikerInnen und Konfessionslose – also die Mehrheit unserer Bevölkerung – fehlen fast völlig. Mehrmals haben wir in allen Gremien auch darauf

aufmerksam gemacht, dass das Konzil die brutalen Justizmorde an Jan Hus und Hieronymus von Prag beschloss. Die Feierlichkeiten hätten eine gute Gelegenheit geboten, von der Kirche in aller Deutlichkeit die längst fällige Rehabilitierung der beiden Reformatoren einzufordern.

Die Mehrheit des Gemeinderates hatte daran kein Interesse, sie will es sich offensichtlich mit dem Klerus nicht verderben. Hier wurden Chancen vertan, Stellung zu beziehen und so eine breite Bürgerschaft für die Feierlichkeiten zu interessieren.

Das millionenschwere Programm löst die vollmundigen Ankündigungen, mit dem Konziljubiläum werde Konstanz für mehrere Jahre in den Blickpunkt Europas rücken, nicht ein. Das Programm bietet vielmehr öde Hurrakultur für eine Minderheit, blendet historische Probleme aus und vermeidet greifbare Bezüge zu unserer Gegenwart. Die TouristInnen werden ausbleiben und die Stadt wird Millionen für eine belanglose Mittelalter-Show verpulvern, während andere Kulturinstitutionen darben und Gelder für eine angemessene Bezahlung von Pflegekräften angeblich fehlen.



Platz 10 **Monika Schickel**



Ich kandidiere bei der Gemeinderatswahl für die Linke Liste Konstanz. Ja aber für wen, bitte schön, soll ich denn sonst kandidieren?

Kommunen und Landkreise brauchen die Millionärsteuer

Kommunen und Landkreise schultern Aufgaben, die unser Leben prägen: Krankenhäuser, Schulen und Öffentlicher Nahverkehr sind nur einige davon, ohne Stadt und Landkreis sind Seehas und Roter Arnold ebenso undenkbar wie die Erschließung eines neuen Wohngebietes. Kommunen und Landkreise aber können diesen Aufgaben kaum noch nachkommen, weil ihnen das Geld fehlt.

Wir wollen Gemeinden mit Bibliotheken, Schulen, Kitas, Schwimmbädern, Theatern und Kulturzentren. Dafür benötigen die Kommunen endlich ausreichend Finanzmittel.

Wir treten deshalb zusammen mit der Partei DIE LINKE für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein, die den Handlungsspielraum der Kommunen erhöht. Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer, eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinden, auf eine breitere Basis stellen und in eine Gemeindefinanzsteuer umwandeln. Wir wollen, dass in Zukunft auch Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren herangezogen und der Kreis der Steuerpflichtigen um Selbstständige sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler erweitert wird. In dieser Reform inbegriffen ist auch die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage.

Mehreinnahmen für die Kommunen in Deutschland:
15 Milliarden Euro.

- ▶ Die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss mit einer Gemeindefinanzreform neu geregelt werden. Wenn Land und Bund den Gemeinden per Gesetz zusätzliche Aufgaben zuweisen, müssen sie dafür auch bezahlen.
- ▶ Der halsbrecherische Wettbewerb zwischen den Gemeinden um den geringsten Gewerbesteuersatz hat viele Gemeinden ruiniert und muss gestoppt werden.
- ▶ Verkehr, Gesundheitsversorgung, Wasser, Energie und sozialer Wohnungsbau gehören in öffentliche Hand. Die Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge (z.B. Schwimmbädern, Krankenhäusern) kommt die Kommunen langfristig teuer zu stehen.
- ▶ Wir lehnen auch Public-Private-Partnership-Projekte ab, bei denen Privatunternehmen etwa Schulen bauen und über Jahrzehnte zu überhöhten Preisen an klamme Gemeinden zurückvermieten.
- ▶ Die Gemeinde darf nicht ihr letztes Tafelsilber (meist in Form von Grundstücken) verkaufen, weil sie sonst für die Zukunft kaum noch Gestaltungsspielräume hat.
- ▶ Für kostenintensive Großprojekte muss es grundsätzlich einen Bürgerentscheid geben. Die Einwohnerschaft soll selbst entscheiden, ob das Vorhaben notwendig ist und ob sie das finanzielle Risiko auf sich nehmen will.
- ▶ Der wichtigste Grund für die Finanzprobleme der Öffentlichen Hand ist die derzeitige gravierende soziale Ungleichheit, die wirtschaftlich Bessergestellte nicht angemessen an den Kosten für öffentliche Aufgaben beteiligt. Wenn es um das Gemeinwohl geht, müssen wir uns auch mit den Superreichen und den ganz Mächtigen anzulegen. Deshalb UmFairteilen: Auch die Kommunen brauchen eine sichere finanzielle Ausstattung. Auch die Kommunen brauchen die Millionärsteuer!

Sozial und gerecht in den Kommunen.

LINKE LISTE Konstanz

■ Mieten und Strom: bezahlbar für alle ■ Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ■ Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit. Krankenhäuser in der Fläche erhalten ■ Kitas und Schulesen kostenfrei ■ Sozialticket einführen - Bus und Bahn ausbauen ■ Vielfalt statt Verbote und Überwachung
■ Mitbestimmung, Transparenz und Bürgerentscheide statt Klüngelei ■ Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus

Die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN LISTE Konstanz

			
1 Holger Reile Journalist	2 Anke Schwede Lektorin	3 Bernhard Hanke Feinmechaniker	4 Luise Schönemann Promotionsstudentin
			
5 Simon Pschorr Student	6 Angelika Böhl Angestellte	7 Hans-Peter Koch Redakteur	8 Tanja Kaufmann Studentin
9 Jürgen Geiger Technischer Redakteur	10 Monika Schickel Rentnerin	11 Stefan Frommherz Transport- unternehmer	12 Anna Blank Kulturanthropologin
13 Ryk Fechner Student	14 Daniela Behnke Redakteurin	15 Marco Radojevic Student	16 Kornelia Mayer Sekretärin
17 Dietmar Dieckmann Industriekaufmann	18 Andrea Glas Lektorin	19 Ralph Braun Journalist	20 Bernadette Meesen Medien-Designerin
21 Maik Schluroff EDV-Berater	22 Franziska Spanner Studentin	23 Marius Topp Student	24 Martin Fuchs Rentner
25 Konstantin Eisel Student	26 Uwe Aschenbrenner Fertigungs- und Funktionskontrolleur	27 Harald Borges Technischer Redakteur	28 Siegfried Bitzer Musiker
29 Bernhard Scheuter Fachkraft für Lebensmitteltechnik	30 Edmund Mayer Rentner	31 Andreas Rieck Buchhändler	32 Helmuth Reinhardt Programmierer
33 Johannes Augenstein Diplompsychologe	34 Lothar Müller Logistiker	35 Peter Stribl Schriftsetzer	36 Norbert Höpfinger Verleger
37 Pit Wuhrer Freier Journalist	38 Brigitte Matern Lektorin	39 Ulrike Fischbach Buchhalterin	40 Sabine Bade Politikwissen- schaftlerin

Wissenswertes rund um die Kommunalwahlen

Am 25. Mai 2014 sind rund 60.000 wahlberechtigte Konstanzer Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die 40 Sitze im Gemeinderat durch ihre Stimmabgabe zu besetzen. Anders als bei Bundestags- oder Landtagswahlen müssen **mehrere Stimmzettel** ausgefüllt und **viele Stimmen** vergeben werden. Das baden-württembergische Wahlrecht kennt außerdem eine Besonderheit: durch **Kumulieren** und **Panaschieren** haben die WählerInnen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss darauf, wer in das städtische Gremium kommt. Das macht die Sache zwar etwas kompliziert, ist aber wählerfreundlich. Also: JedeR hat insgesamt 40 Stimmen und kann einzelnen BewerberInnen bis zu drei Stimmen geben (kumulieren = anhäufen). Er/Sie kann seine Stimmen auch auf BewerberInnen verschiedener Listen verteilen (panaschieren = mischen). Diese werden dann bei der Auszählung anteilmäßig den jeweiligen Parteien und Wählervereinigungen zugeteilt. In beiden Fällen muss die Gesamtstimmenzahl (in Konstanz 40!) beachtet werden – denn schon durch eine einzige überzählige Stimme ist der abgegebene Stimmzettel ungültig.

Wer die Liste der LLK gesamthaft ankreuzt, gibt jedem Kandidaten, jeder Kandidatin eine Stimme – da auf unserer Liste 40 Personen kandidieren, geht kein Votum verloren und mögliche Rechenfehler sind ausgeschlossen.

Wahlrechtsänderungen

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen wird es einige Änderungen geben. Die bedeutendste ist, dass erstmals in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Baden-Württembergs rund 200.000 **16- und 17-Jährige** wählen dürfen. Am 11. April 2013 wurde dies vom Landtag mit grün-roter Mehrheit beschlossen, die Oppositionsfraktionen CDU und FDP stimmten dagegen. Auch die **Linkspartei** setzt sich seit längerem grundsätzlich für ein **Wahlrecht ab 16** ein. Die Neuwählerinnen und -wähler in Baden-Württemberg werden durch ihre Stimmabgabe die Ausrichtung der hiesigen Gremien mitbestimmen können.

Eine wichtige Entscheidung, denn Kommunalpolitik bestimmt auch den Alltag Jugendlicher: Stadträtinnen und -räte entscheiden über Freizeitangebote, Jugendtreffs, Schulen und über vergünstigte Angebote für Freizeiteinrichtungen, Bäder, Kinos, Theater etc.; alles Regelungen, die den Alltag von Jugendlichen direkt betreffen. Die Linke Liste spricht sich deshalb für einen Jugendgemeinderat aus, der die politischen Vorstellungen und Forderungen junger Frauen und Männer in Konstanz transportieren soll – mit Entsenderecht in alle Ausschüsse des Gemeinderats sowie Stimmrecht, wenn es um jugendpolitische Themen geht.

Die zweite Änderung des Wahlgesetzes betrifft das Auszählverfahren – früher wurden die Wählerstimmen nach d'Hondt umgerechnet, nun gilt das Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren. Diese Methode soll, so die Landesregierung, die Bevorzugung größerer Parteien durch das bisherige Auszählverfahren beenden.

Drittens: Frauen und Männer sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Im Idealfall soll die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen abwechselnd erfolgen. Die Linke Liste Konstanz hat auf diese Neuerung besonderen Wert gelegt und die Liste zu über einem Drittel „weiblich“ gestalten können.

Weitere Informationen, Begrifflichkeiten und Regeln der baden-württembergischen Kommunalwahlen finden Sie auf der Homepage der LINKEN LISTE Konstanz:

www.Linke-Liste-Konstanz.com oder auch auf unserer Facebook-Seite: **www.facebook.com/LinkeListeKonstanz**.



Liebe Konstanzerinnen und Konstanzer!

Ja, es stimmt: Zu den diesjährigen Gemeinderatswahlen kandidiere ich nicht mehr. Mit bald 79 Jahren und nach fast zwei Amtsperioden werde ich mich nun etwas zurücklehnen, zumal ich auch merke, dass ich die Gemeinderatsarbeit nicht mehr so leisten kann, wie ich es in den Anfangsjahren konnte.

Die Entscheidung gegen eine erneute Kandidatur ist mir nicht leicht gefallen. Ich war gern Stadträtin und engagierte mich als gebürtige Konstanzerin gern für unsere Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Mein Herz schlug (und schlägt) dabei vor allem für die „kleinen Leute“ und natürlich links. Dabei vertrat ich meine Positionen stets sachlich, nie beleidigend, trotzdem klar und deutlich. All dies scheint bei der Bevölkerung angekommen zu sein. So konnte ich bei der Gemeinderatswahl 2009 meinen Stimmenanteil beträchtlich erhöhen, und die Linke Liste Konstanz erreichte ein zweites Mandat.

Im Gemeinderat brachte ich mich besonders im sozialen Bereich (Schulen, Kinderbetreuung, Pflege, Armut, Integration) ein, machte mich aber auch für sozialen Wohnungsbau, für Verbesserungen beim öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), für mehr Personal im städtischen Bereich, für weiteren Ausbau der Kultur stark. Ich sprach mich genau so eindeutig gegen Privatisierungen, gegen mehr Parkhäuser und gegen das geplante Konzert- und Kongresshaus (KKH) aus.

Im Gemeinderat brachte ich mich besonders im sozialen Bereich (Schulen, Kinderbetreuung, Pflege, Armut, Integration) ein, machte mich aber auch für sozialen Wohnungsbau, für Verbesserungen beim öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), für mehr Personal im städtischen Bereich, für weiteren Ausbau der Kultur stark. Ich sprach mich genau so eindeutig gegen Privatisierungen, gegen mehr Parkhäuser und gegen das geplante Konzert- und Kongresshaus (KKH) aus.

Die Linke Liste Konstanz wurde im Laufe der Jahre, seit ihr mit Dr. Michael Venedey im Jahr 1999 (damals noch als PDS/LL) der Einzug in den Konstanzer Gemeinderat gelang, zu einer festen Größe. Dazu trug auch ich fast zehn Jahre lang (2005 bis 2014) bei: Mit Präsenz in Sitzungen, Ausschüssen und zahlreichen anderen Veranstaltungen, mit Wortmeldungen und entsprechenden Abstimmungen – kritisch, wenn es sein musste und freundlich, wenn es sein konnte.

Die Linke Liste Konstanz wird künftig ihren Weg ohne mich weiter gehen, sicher anders und verjüngt, an ihren Grundsätzen wird sich allerdings nichts Wesentliches ändern. Hier bin ich inhaltlich nach wie vor mit dabei, und ich finde es wichtig, dass die Linke Liste gut positioniert in den Gemeinderat einzieht. Sie wird sich mit Sicherheit weiterhin für die Interessen der Konstanzerinnen und Konstanzer einsetzen.

In diesem Sinn möchte ich Sie auffordern, am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten der Linken Liste Konstanz Ihre Stimme(n) zu geben – auch wenn ich nicht mehr zur Wahl stehe.

Ihnen alles Gute und herzliche Grüße
Ihre Vera Hemm